



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Peter Kurz
Rathaus, E 5
68159 Mannheim

Mannheim, 14. März 2023

Zusammenhalten: Prostitutionsgewerbe in Mannheim regulieren

Anfrage zur Sitzung des Gemeinderats am 14. März 2023

Die Verwaltung wird gebeten, nachfolgende Anfrage alsbald zu beantworten:

1. Nutzt die Verwaltung die für die Prostituiertenberatung seit 2017 in Baden-Württemberg eingesetzte Software, um die Anzahl der Menschen zu erfassen, die in der Prostitution tätig sind?
2. Falls dies nicht der Fall ist, warum nicht, und gibt es eine alternative Maßnahme, um diese Daten zu erfassen und dem Land zurückzumelden?
3. Wie sehen die bisher gesammelten Daten der Stadt Mannheim von 2017 bis heute aus? (Aufgeschlüsselt nach Jahr, Anzahl der Personen, Geschlecht, Nationalität)
4. Wann ist mit einer finalen Evaluation der erfassten Information über die gemeldeten Prostituierten zu rechnen sowie einer Übermittlung der Daten an das Land?

Begründung:

Das Bundesgesetz zur Regulierung des Prostituiertengewerbes und zum Schutz von Prostituierten (Prostituiertenschutzgesetz – ProstSchG) trat im Juli 2017 in Kraft und hat erstmals umfassende Regelungen für das Prostitutionsgewerbe beschlossen. Es wurde unter anderem zur Pflicht sich im Falle einer Tätigkeit im Prostitutionsgewerbe bei den Behörden zu melden. Laut Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg liegen von fast allen Städten und Landkreisen Zahlen vor, außer von der Stadt Mannheim. Das Fehlen dieser Informationen gilt es zu klären.

Dr. Bernhard Boll

Dr. Stefan Fulst-Blei MdL

Reinhold Götz

Helen Heberer

Stefan Höß

Prof. Dr. Heidrun Kämper

Thorsten Riehle

Andrea Safferling

Dr. Claudia Schöning-Kalender

Dr. Melanie Seidenglanz

Für die gesamte SPD-Gemeinderatsfraktion

Th. Riehle

Thorsten Riehle
Vorsitzender

